

Jürgen Austrup

Zinsbesteuerung



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhalt

Einleitung und Gang der Untersuchung	1
1. Kapitel	
Die historische Entwicklung der Kapitalertragsteuer in Deutschland	5
§ 1 Begriffsbestimmung des Kapitalertrags aus steuerrechtlicher Sicht	5
§ 2 Die Kapitalertragbesteuerung von der napoleonischen Zeit bis zur industriellen Revolution	7
A. Das erste deutsche Einkommensteuergesetz	7
B. Das preußische Einkommensteuergesetz von 1851	9
C. Wandel der Bedeutung und Schwierigkeiten der Besteuerung des Kapitalertrags	11
§ 3 Die Besteuerung der Kapitalerträge nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871	15
A. Die Aufteilung der Steuerhoheit zwischen dem Reich und den Ländern	15
B. Die Besteuerung der Kapitalerträge in Preußen bis 1918	16
§ 4 Neuorientierung der Finanzverfassung in der Weimarer Republik	17
A. Die Einführung eines Reichseinkommensteuergesetzes	18
B. Die Auswirkungen der Hyperinflation auf die Besteuerung der Kapitalerträge	22

II

C.	Die Steuerreform 1925	24
D.	Die Neufassung des EStG von 1934	25
§ 5	Die Besteuerung des Kapitaleinkommens nach dem Zweiten Weltkrieg	25
A.	Die Gesetzgebung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet	25
B.	Die Kapitalertragbesteuerung in der Bundesrepublik	26
§ 6	Fazit	32
 2. Kapitel		
Die Neuregelung der Zinsbesteuerung und ihre verfassungsrechtliche Würdigung		35
§ 7	Das Zinsabschlaggesetz 1993	36
A.	Ausdehnung des Quellensteuerabzugs	36
I.	Kapitalerträge i. S. v. § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG	36
II.	Kapitalerträge i. S. v. § 20 Abs. 2 EStG	38
III.	Kapitalertragsteuerfreie Zinseinkünfte	39
IV.	Der Quellensteuersatz	39
B.	Abstandnahme vom Steuerabzug	40
I.	Der Freistellungsauftrag	40
II.	Die Nichtveranlagungsbescheinigung	42
C.	Kontrollinstrumente	43

§ 8 Prognostizierte und tatsächlich festzustellende Auswirkungen des Zinsabschlaggesetzes	45
A. Der gesamtwirtschaftliche Aspekt des Zinsabschlaggesetzes	45
B. Der Aspekt der Steuervermeidung durch Entwicklung neuer Anlagentypen	49
I. Anleihekonzstruktionen	49
1. Darstellung der unterschiedlichen Modelle	49
a. Kombizins-Anleihe	49
b. Gleitzins-Anleihe	50
c. Festzinsanleihe mit getrennt handelbaren Zinsscheinen	51
2. Steuerrechtliche Behandlung der Anleihekonzstruktionen	52
II. Optionen	56
1. Darstellung der unterschiedlichen Modelle	57
a. Gekappte Optionsscheine (capped warrants)	57
b. Bandbreitenoptionsscheine (range warrants)	58
2. Steuerliche Behandlung der Optionen	58
III. Investmentfondskonzstruktionen	60
1. Darstellung der Modelle	60

2.	Steuerliche Behandlung der Investmentfondskonstruktionen	61
C.	Praxis der Finanzverwaltung zur Ermittlung unbekannter Steuerfälle im Bereich der Besteuerung von Kapitalerträgen	62
D.	Fazit	63
§ 9	Die Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung	64
A.	Kollision der Neuregelung des Sparerfreibetrages mit dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz	64
I.	Der materielle Gehalt des Gleichheitssatzes	66
1.	Allgemeine Inhaltsbestimmung zu Art. 3 Abs. 1 GG	66
a.	Der Minimalgehalt nach der Willkürformel	66
b.	Die 'neue Formel' des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts	70
2.	Sachbereichsspezifische Inhaltsbestimmung des Allgemeinen Gleichheitssatzes	74
a.	Das Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als sachgerechter Maßstab im Einkommensteuerrecht	74
b.	Einfluß einer Systematisierung der Steuernormen nach ihrem Zweck auf die Anwendbarkeit des Prinzips der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	76

II.	Feststellung eines Verstoßes gegen das Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	80
III.	Rechtfertigung der Durchbrechung des Leistungsfähigkeitsprinzips	81
1.	Die Inflationsanfälligkeit der Kapitaleinkünfte	82
2.	Der Aspekt der Kapitalflucht	83
3.	Der Aspekt der Altersvorsorge	85
IV.	Rechtfertigungsmöglichkeit bei verfassungskonformer Reduktion	88
1.	Der Aspekt der Inflationsanfälligkeit im Rahmen eines reduzierten Anwendungsbereichs der Norm	91
2.	Der gesamtwirtschaftliche Aspekt der Kapitalflucht im Rahmen einer Reduktion des Anwendungsbereichs der Norm	93
B.	Die Verfassungsmäßigkeit der Besteuerung von Kapitalerträgen nach § 20 EStG	97
I.	Die Änderung des normativen Umfelds der materiellen Norm durch das Zinsabschlaggesetz	98
II.	Die rein faktischen Änderungen bei der Besteuerung der Kapitalerträge	103
C.	Fazit	106

3. Kapitel

Alternative Modelle der Zinsbesteuerung und deren Verfassungsmäßigkeit

107

VI

§ 10 Das Modell einer Definitivsteuer	108
A. Darstellung des Modells	108
B. Bewertung einer Definitivsteuer in tatsächlicher Hinsicht	108
C. Verfassungsrechtliche Würdigung des Modells	110
I. Kollision mit dem Prinzip der Besteue- rung nach der wirtschaftlichen Lei- stungsfähigkeit	110
II. Rechtfertigungsgesichtspunkte	112
1. Gesamtwirtschaftliche Gesichts- punkte	112
2. Inflationsgesichtspunkte	113
3. Typisierungsaspekte	113
4. Der Aspekt des verminderten Vollzugsdefizits	118
D. Fazit	119
§ 11 Das Modell der Nichtbesteuerung von Zinser- trägen	120
A. Darstellung des Modells	120
B. Verfassungsrechtliche Würdigung des Modells	121
I. Kollision des Modells mit Verfas- sungsrecht	121
II. Sachliche Gründe, die die Durchbrech- ung des Leistungsfähigkeitsprinzips rechtfertigen können	121

§ 12 Verschiedene Modelle eines Kontrollverfahrens zur Verifizierung der deklarierten Kapitaleinkünfte	123
A. Darstellung des Modells	123
I. Beziehung Steuerbehörde/Bank	124
1. Prüfungsverfahren	124
2. Mitteilungsverfahren	124
II. Beziehung Steuerbehörde/Steuerpflichtiger	125
B. Kollision der verschiedenen Kontrollmodelle mit dem Verfassungsrecht	126
I. Verfassungsrechtliche Würdigung des auf die Beziehung Steuerbehörde/Bank abzielenden Prüfungsverfahrens	126
II. Verfassungsrechtliche Würdigung des auf die Beziehung Steuerbehörde/Steuerpflichtiger abzielenden Prüfungsverfahrens	128
1. Eingriff in die Berufsfreiheit der Banken	128
2. Kollision mit dem Rechtsstaatsprinzip	129
III. Verfassungsrechtliche Würdigung einer auf die Beziehung Steuerbehörde/Steuerpflichtiger abzielenden Intensivierung der Informationspflichten	131
§ 13 Das Modell einer Sollzinsbesteuerung	132
A. Darstellung des Modells	132

VIII		
B.	Verfassungsrechtliche Würdigung einer Sollzinsbesteuerung	134
I.	Kollision mit dem Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	134
II.	Rechtfertigung der Durchbrechung des Leistungsfähigkeitsprinzips	135
1.	Qualifizierung und Quantifizierung des Verstoßes gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip	135
2.	Gewichtung der sachlichen Gründe für einen Verstoß gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip	136
§ 14 Fazit		138
4. Kapitel		
Die Zinsbesteuerung in den europäischen Staaten		139
§ 15 Belgien		140
A.	Darstellung des Besteuerungsmodells	140
B.	Auskunftspflichten der Banken	141
§ 16 Dänemark		142
A.	Darstellung des Besteuerungsmodells	142
B.	Auskunftspflichten der Banken	144
§ 17 Frankreich		144
A.	Darstellung des Besteuerungsmodells	144
B.	Auskunftspflichten der Banken	146

§ 18 Griechenland	147
A. Darstellung des Besteuerungsmodells	147
B. Auskunftspflichten der Banken	148
§ 19 Großbritannien	148
A. Darstellung des Besteuerungsmodells	148
B. Auskunftspflichten der Banken	149
§ 20 Irland	152
A. Darstellung des Besteuerungsmodells	152
B. Besonderheiten	153
C. Auskunftspflichten der Banken	155
§ 21 Italien	157
A. Darstellung des Besteuerungsmodells	157
B. Auskunftspflichten der Banken	158
§ 22 Luxemburg	159
A. Darstellung des Besteuerungsmodells	159
B. Auskunftspflichten der Banken	160
§ 23 Niederlande	161
A. Darstellung des Besteuerungsmodells	161
B. Auskunftspflichten der Banken	162
§ 24 Österreich	164
A. Darstellung des Besteuerungsmodells	164

B.	Auskunftspflichten der Banken	166
§ 25	Portugal	167
A.	Darstellung des Besteuerungsmodells	167
B.	Auskunftspflichten der Banken	168
§ 26	Schweden	169
A.	Darstellung des Besteuerungsmodells	169
B.	Auskunftspflichten der Banken	170
§ 27	Schweiz	170
A.	Darstellung des Besteuerungsmodells	170
B.	Auskunftspflichten der Banken	171
§ 28	Spanien	172
A.	Darstellung des Besteuerungsmodells	172
B.	Auskunftspflichten der Banken	174
§ 29	Fazit	174
5. Kapitel		
Schlußbetrachtung	179	